

Eigentlich müssten wir in heller Panik sein.
Der Klimawandel bedroht die Menschheit. Trotzdem ist er vielen „wurscht“. Warum ist das so?

HANS HOLZINGER

Inbrünstig skandieren die jungen Aktivistinnen ihr Motto auf den weltweiten Klimastreiks: „Morgen ist es zu spät.“ Die Warnung finde beileibe nicht überall Gehör. Für den Wintertourismus gab es heuer wieder einmal genügend Schnee, die jüngsten Hochwasser sind eine Weile her. Es sind andere Themen, die die Menschen gerade bewegen: die Teuerung, der Ukraine-Krieg. Die Klimakrise droht in den Hintergrund zu treten, auch wenn es unmittelbare Zusammenhänge zu den anderen genannten Krisen gibt. Umfragen konstatieren dem Klimaschutz zwar noch immer hohe Zustimmungswerte. Aber Stimmungen können schnell umschlagen, durch andere Probleme überlagert werden. Wir brauchen neue Antworten.

Fossile Strukturen werden weiterhin durch Subventionen gestützt, auch wenn die Investitionen in die Energiewende steigen. Laut einer Studie des Wifo im Auftrag des Klimaministeriums betragen die „klimakontraproduktiven Subventionen“ in Österreich 4,1 bis 5,7 Milliarden Euro – Spitzenreiter ist der Verkehr, auf den bis zu zwei Dritteln der fossilen Förderungen fallen.

Neben der Nichtbesteuerung von Flugbenzin spielen das Pendlerpauschale, Kilometergeldregelungen sowie Dienstwagen-Begünstigungen eine wichtige Rolle. Mehrheiten für Änderungen sind schwierig zu gewinnen. Das gilt wohl auch für Tempolimits. Obwohl 80 km/h auf Landstraßen und 100 km/h auf Autobahnen laut Umweltbundesamt 23 Prozent CO₂-Einsparungen bringen, Kosten sparen und die Unfallgefahr verringern würden, sind auch dafür wohl derzeit keine Mehrheiten zu gewinnen.

Unmöglich ist es nicht, wie Norwegen, Finnland, Schweden und die Niederlande zeigen, bei denen niedrigere Tempogrenzen gelten – Länder, die übrigens auch merklich weniger Verkehrsstörte verzeichnen.

Die Klima- und Energiestrategie 2050 des Landes Salzburg sieht eine Halbierung der Treibhausgase bis 2030 gegenüber 2005 vor. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll auf 65 Prozent gehoben werden. Im Gebäudebereich wurden zwar Treibhausgas einsparungen erzielt, die ungebremste Zunahme im Bereich Verkehr hat diese aber mehr als wettgemacht.

Gefordert ist mehr Mut der Politik, den Menschen reinen Wein einzuschenken. Wir brauchen eine Verschiebung der Wertesysteme und wir brauchen andere Zukunftsbilder. Aus der Transformationsforschung wissen wir, dass Verhaltensänderungen nur



umgesetzt werden können, wenn sie mit der nötigen Ernsthaftigkeit vermittelt werden und alle zu gerechten Anteilen treffen. Und wir müssen auch die Hürden für die Veränderung sehen.

Eine erste liegt im sogenannten Gefangenendilemma. Nur wenn alle mittun (müssen), haben wir Erfolg – das gilt für nationale Gesellschaften ebenso wie für die Welt. Das Argument „Was können wir schon ausrichten?“ ist zwar nicht von der Hand zu weisen, problematisch aber ist die Ausrede, erst zu warten, bis die anderen etwas tun. Wir brauchen Pioniere, die zeigen, dass der Wandel möglich ist. Ein Beispiel ist Schweden, das schon früh eine CO₂-Steuer eingeführt hat – und dabei nicht verarmt ist.

Die zweite Hürde bezieht sich auf die Gefahrenwahrnehmung: CO₂ sieht man nicht, man riecht es nicht, es stinkt nicht. Warum soll es gefährlich sein? Die Extremwetter-

lagen nehmen zu, aber dennoch bleibt das Klimathema etwas Abstraktes. Anders als die Pandemie wird die Klimakrise meist noch immer nicht als gefährlich eingestuft.

Damit hängt die dritte Hürde zusammen: Neben Ausreden und dem Verdrängen überwiegen noch immer Verharmlosungen sowie der Gewöhnungseffekt – alles allzu menschlich.

Wir reden zwar über die Klimakrise, aber alles nimmt weiter seinen Lauf: Das Auto ist weiterhin das Hauptverkehrsmittel, auch die Formel-1-Rennen finden weiterhin ungestört statt. Die Reaktion der Mehrheit: „Dann kann es ja nicht so schlimm sein.“ Oder: „Mit Technik bekommen wir das schon hin.“ In der Psychologie spricht man vom Bystander-Effekt. „Die Gefahr ist furchtbar und riesig, aber weil die Welt um uns herum scheinbar normal verläuft, bleiben wir ruhig“, so sagen es Lea Dohm und

Mareike Schulze von den Psychologists for Future. Als verstörend gelten eher die Aktionen der Letzten Generation.

Eine vierte Hürde besteht in der Trägheit menschlichen Verhaltens. Veränderung erfordert eine gewisse Anstrengung. Wir wollen auf gewohntes Verhalten und Routinen ungern verzichten. Die Werbeanzeige eines Pellets-Erzeugers bringt es auf den Punkt: „Klimaschutz, ohne aus der Komfortzone zu müssen“. Doch das wird nicht reichen.

Nur wenn klimafreundliches Verhalten zur Norm wird, hohes Ansehen genießt und auch die Rahmenbedingungen stimmen, kommt es zum Wandel. Das heißt, wir brauchen mehr Radwege, guten und leistbaren öffentlichen Verkehr, ein Ende der Zersiedelung, ein Schrumpfen der Straßen und Parkflächen, mehr Investitionen in die Wärmedämmung unserer Gebäude, den Aufbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen, neue Vorschriften für die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie.

Wir brauchen aber auch neue kollektive Werte – blame and shame für klimaschädliches, Lob und Anerkennung für klimafreundliches Verhalten. So wie Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt sein darf, darf klimafeindliches Verhalten nicht mehr toleriert werden.

Große Veränderungen stehen an. Dazu benötigen wir neue Technologien – diese werden immer besser, da bin ich zuversichtlich. Wir benötigen aber auch neue Routinen: eine bewusste Mobilität, wärmegedämmte Häuser, Solaranlagen auf allen Dächern und Akzeptanz von Windrädern, wo es Wind gibt. Und wir werden die Wende nicht ohne radikale „Energieverbrauchsbremse“ hinkriegen. Wir dürfen uns anfreunden mit neuen Ernährungsgewohnheiten, weniger Fleisch, dafür besseres; mehr Gemüse, was auch gesünder ist.

Insbesondere brauchen wir neue Bilder von einer Wirtschaft, die uns wieder das produziert, was wir wirklich benötigen, und die auch funktioniert ohne permanentes Wachsen-Müssen.

• Staatshilfen sollen die erhalten, welche tatsächlich Bedarf haben. Die Verteilung nach dem Gießkannenprinzip hat, wie nun argumentiert wird, nicht nur die Inflation mitbefeuert, sondern auch keine Anreize gegeben, den Energieverbrauch tatsächlich zu senken. Klimasoziale Politik hat aber auch den Mut, klar zu sagen, dass Haushalte mit einem hohen Einkommen den größten Beitrag zur Erderwärmung leisten – beginnend bei den Ultrareichen bis hin zum gehobenen Mittelstand. Mehrheiten zu finden braucht eine offene Diskussion darüber, was an Umweltverbrauch noch möglich ist und was nicht.

Hans Holzinger ist Senior Adviser der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Mitglied von Scientists for Future Salzburg und des Fachkollegiums von Scientists for Future Austria.